

## Drei Fragen an die SVP und ein Dank

**Zur Abstimmung über das Energiegesetz; BaZ diverse**

Als Erstes frage ich die SVP: Sind euch die Argumente ausgegangen, dass ihr für euer Referendum gegen das Energiegesetz das Milliarden-Bschiss-Plakat der Sozialdemokraten stehlen musstet? Dass mit der Energiewende der Mittelstand geschädigt werde, stimmt natürlich nicht. Im Gegenteil: Von der erneuerbaren Energieversorgung wird vor allem das Gewerbe, also der Mittelstand, profitieren.

Zweitens: Woher nimmt die SVP die hahnebüchene Behauptung, die Energiestrategie 2050 koste für einen Schweizer Haushalt 3200 Franken pro Jahr, also 80-mal mehr, als es Bundesrat und Parlament ausgerechnet haben? Aber selbst wenn eure Zahlen stimmen würden, müssten wir das Energiegesetz 2050 bejahen. Denn es ist jetzt schon unverantwortlich, Jahr für Jahr hochgiftigen Atommüll zu produzieren und unseren Nachkommen über 3000 Generationen zuzumuten.

Drittens: Weiss die SVP, wie und wo radioaktiver Abfall in der Schweiz 200 000 Jahre lang sicher verwahrt werden kann?

Zum Schluss noch ein Dank: Seit mehr als 40 Jahren warte ich darauf, dass wir Schweizer Stimmberechtigten Ja sagen können zum definitiven Atomausstieg. Jetzt endlich haben wir die Gelegenheit dazu – mit einem Ja zum Energiegesetz 2050. Der SVP sei Dank!

Andreas Moor, Rütenberg

## Das Konzept ist zu sehr verpolitisiert

Die Energiestrategie 2050, über die im Mai abgestimmt wird, steht auf wackligen Beinen. Das ganze Konzept ist zu sehr verpolitisiert und noch nicht beschlussreif. Deshalb ist sie abzulehnen und nun endlich aufgrund realistischer Fakten neu aufzugleisen. Die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III lässt grüssen!

Karl Waldner, Arisdorf

## Das Schlechtreden geht weiter

**«Einspruch» von Peter Brodbeck; BaZ 7. 4. 17**

In seinem «Einspruch» macht sich Peter Brodbeck dafür stark, das Bruderholzspital zu redimensionieren. Wohin die Reise seiner Meinung nach gehen soll, wird schon im Titel klar: «Der verpasste Rückzug». Das Kantonsspital Baselland (KSBL) soll sich mit dem Bruderholzspital gefälligst zurückziehen. In der Tat ist es das Ziel der Regierung und der Parteiführungen der meisten Baselbieter Parteien, das Bruderholzspital zu schleifen. Schliesslich will man mit dem Unispital fusionieren. Da steht das Bruderholzspital im Weg. Sprichwörtlich. Darum werden allerlei Zahlenspiele geboten, die beweisen sollen, dass das «Hölzli» mehr oder weniger marode und nicht mehr zu halten ist.

Dabei sind die Fakten einfach: Die Kosten am Unispital sind deutlich höher als am Kantonsspital Baselland. Warum? Weil das Unispital seine teure hochspezialisierte Medizin finanzieren muss. Es macht schon daher keinen Sinn, Fälle aus der Grund- und der erweiterten Grundversorgung nach Basel auszulagern. Wenn wir verhindern wollen, dass aus der geplanten Fusion von KSBL und Unispital ein finanzielles Fass ohne Boden wird, sollten wir am 21. Mai klar und deutlich Ja zur Bruderholz-Initiative sagen – auch wenn die Gegner das «Hölzli» weiterhin schlechtreden.

Heinrich Schäfer-Pegoraro, Bottmingen

## Ja zu starken Spitalstandorten

**Nicht bereit die Kosten zu zahlen; BaZ 5. 4. 17**

In seinem Leserbrief behauptet Landrat Paul Hofer, dass die herkömmliche Gesundheitsversorgung auf dem Bruderholz nicht mehr benötigt werde. Diese Aussage steht allein schon im Widerspruch zur Vollauslastung der letzten Wochen. Zudem ist die stationäre Behandlung für 85 Prozent aller Fälle in einem Spital der Grundversorgung wesentlich günstiger als im hochspezialisierten Unispital. Nach Aufhebung der Grundversorgung auf dem Bruderholz

und in Laufen, müssten deutlich mehr als die Hälfte der Patienten ausserhalb von Baselland stationär behandelt werden. Die anfallenden Mehrkosten von Behandlungen am Unispital müssten sowohl der Kanton wie auch die Krankenkassen (Prämien) tragen. Letztlich werden sie aber auf alle Einwohner in Baselland abgewälzt, unabhängig, in welchem Kanton sich die Patienten behandeln lassen.

Die Tatsache, dass schon heute ein beachtlicher Teil ausserhalb des Kantons behandelt wird, basiert nicht nur auf freiwilliger Basis, sondern ist auch eine Folge des zentrierten Angebots in der Region (UKBB, Frauenklinik etc.), aber auch des jahrelangen destruktiven Verhaltens gegenüber dem Bruderholzspital. Grundgedanke der Initiative ist letztlich auch, dass eine starke Verunsicherung der Beschäftigten insbesondere auf dem Bruderholz und in Laufen behoben werden soll. Bedauerlicherweise dürfen sich die Betroffenen, aufgrund des vom KSBL verhängten «Maulkorbs», nicht zu dieser Angelegenheit äussern.

Pascal Lüscher, Ettingen,  
Vizepräsident Initiativkomitee

## Weitblickender Realismus

**Mister Howards Krieg; BaZ 5. 4. 17**

Hansjörg Müller, BaZ-Korrespondent in London, bestätigt die bekannte Tatsache, dass die Gibraltarer mit überwältigender Mehrheit britisch bleiben wollen. Dieser Bürgerwille ist entscheidend, jeder demokratisch eingestellte Mensch wird ihn anerkennen. Nicht hingegen EU-Ratspräsident Donald Tusk, der Spanien in den Brexit-Verhandlungen ein Vetorecht einräumen will, so weit es um Gibraltar geht. Damit wäre eine Pandora-Büchse geöffnet; Spaniens böser Drang, den vermeintlichen «Fremdkörper» zu eliminieren, würde übermächtig.

Die Aussagen von Michael Howard, den Müller als komischen älteren Herrn darstellt, zeugen von weitblickendem Realismus. Denn gewiss kann es zu einem Krieg um Gibraltar kommen. Oder postuliert Müller, Grossbritannien solle im Ernstfall klein begeben? Die Bevölkerung Gibaltars ist übrigens rund 15-mal grösser als jene auf den Falkland-Inseln. Selbst wenn Theresa May